

Call for Papers

Katalyse oder Inhibition? Die ambivalente Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Spannungen

Ad-hoc-Gruppe auf dem 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
vom 14.-18. September 2020 in Berlin

*Leitung: Christian Fröhlich (Higher School of Economics, Moskau)
und Evelyn Moser (Universität Bonn)*

Die Zivilgesellschaft ist seit jeher eine zentrale Sphäre für die Artikulation gesellschaftlicher Problemlagen und Spannungen, die oftmals erst dadurch für die formale (staatliche) Politik beobachtbar werden und sie zu Reaktionen befähigen. Speziell im Zusammenhang mit jenen Spannungen, die in jüngster Vergangenheit besonders deutlich aufzubrechen scheinen (wie z.B. Klimawandel, sozioökonomische Ungleichheit, Migration), erlangten zivilgesellschaftliche Akteur*innen große Sichtbarkeit und die Zivilgesellschaft als Kommunikations- und Handlungsraum weist in mindestens zwei Dimensionen neue Qualitäten auf:

Auffällig ist einerseits die große Durchschlagskraft, mit der zivilgesellschaftliche Akteur*innen nicht mehr nur Spannungen aufgreifen und Probleme benennen, sondern diese selbst in die Strukturen der formalen Politik hineinragen und dort in Prozesse kollektiv bindenden Entscheidens eingebunden sind. Vor allem Bewegungen („La République En Marche“, 15-M, „MoVimento 5 Stelle“) treten dabei als soziale Form auf, die bewusst das Format politischer Parteien umgeht. Gerade dadurch scheinen sie beachtliche Bindungskraft zu entfalten und tragen dazu bei, das gegenwärtige Misstrauen in die Strukturen der repräsentativen Demokratie zu mildern und deren Schwächen bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Spannungen zumindest teilweise zu kompensieren. Das massenhafte bürgerschaftliche Engagement in der Einwanderungskrise von 2015/16 hat zudem gezeigt, dass und wie Zivilgesellschaft in der Lage ist, gesellschaftliche Problemlagen aus eigener Kraft produktiv anzugehen und Konflikten zu begegnen. Und schließlich gelang es „Fridays-for-Future“ als dezentraler und lokal verankerter zivilgesellschaftlicher Initiative, alternative Deutungsmodelle von gesellschaftlichen Problemen und Angebote für Um_Ordnungen aus lokalen Kontexten hinaus auf die globale Ebene zu tragen, selbst eine einflussreiche Sprecherrolle einzunehmen und nationale wie transnationale politische Akteur*innen massiv unter Zugzwang zu setzen.

Andererseits tragen zivilgesellschaftliche Akteur*innen aber auch vermehrt zu gesellschaftlichen Spannungen und identitären Schließungsbewegungen bei. Bewegungen der „Neuen Rechten“ tragen gezielt grundlegende Konflikte in politische Systeme hinein (z.B. Pegida und ihr Beitrag zur Entstehung der AfD), entfachen nationalistische und rassistische Ressentiments in der Gesellschaft neu und liebäugeln unverhohlen mit autokratischen Ordnungsformen (v.a. Russland & Putin). Vor allem in Mittel- und Osteuropa (z.B. in Polen und Ungarn) konnten sich Akteur*innen einer dezidiert konservativ ausgerichteten Zivilgesellschaft mitten in der Gesellschaft platzieren und mobilisieren von dort gegen Einwanderer und ethnische Minderheiten, aber auch gegen die Liberalisierung von Familienmodellen und sexuellen Orientierungen.

Ein solcher Befund der mindestens ambivalenten Rolle, die die Zivilgesellschaft für demokratische politische Ordnungen und gesellschaftlichen Zusammenhalt spielt, fordert auch die etablierten Zivilgesellschaftstheorien heraus. Zwar befassen sich diese produktiv mit organisiertem kollektivem Handeln und seiner Vermittlungsfunktion zwischen Bürger*innen und gesellschaftlichen Institutionen, fragen nach den Bedingungen, unter denen kollektive Interessen verwirklicht werden und so zu gesellschaftlicher Um_Ordnung beitragen können, oder untersuchen, wie kollektives Handeln gesellschaftlichen Konsens in Bezug auf bestimmte Themenbereiche umdefiniert und neue Deutungsmuster etabliert. Die neue Bedeutung und Unübersichtlichkeit zivilgesellschaftlichen Handelns scheinen tradierte Ansätze jedoch in vielfacher Hinsicht an ihre Grenzen zu bringen. Damit bietet sich die Gelegenheit, theoretische Prämissen zu hinterfragen und zu prüfen, ob sie die gegenwärtige zivilgesellschaftliche Wirklichkeit noch adäquat abbilden.

Die Ad-hoc-Gruppe setzt empirisch und theoretisch an dieser Gemengelage an. Sie lädt *empirische Beiträge* ein, die die angedeutete Ambivalenz von Zivilgesellschaft auf verschiedenen Ebenen (lokal, regional, global) und im internationalen Vergleich in den Blick nehmen. *Theoretischen Beiträgen* möchte sie Raum bieten, um die Leistungsfähigkeit etablierter Zivilgesellschaftstheorien zu reflektieren, die Anwendung soziologischer (Gesellschafts-)Theorien auf den Gegenstand Zivilgesellschaft zu erproben und den eingeübten Nexus von Zivilgesellschaft und Demokratie kritisch zu diskutieren.

Wir freuen uns über Beitragsvorschläge (eine Seite) bis zum 24. April 2020 an Christian Fröhlich (cfroehlich@hse.ru) und Evelyn Moser (emoser@uni-bonn.de).